

Rede für die Friedensplattform zum Tag der Befreiung am 8. Mai 2024 in der Luther-Anlage Hanau

Der Krieg in der Ukraine wird auch von manchen in der Friedensbewegung unterschätzt als ein Krieg wie so viele andere der rund 20 Waffengänge, unter denen viele Völker derzeit leiden. Das ist er allerdings nicht.

Die Zuspitzung der Lage in diesem Stellvertreterkrieg wird von Woche zu Woche bedrohlicher. Und es ist keine politische Abrüstung in Sicht, eine militärische erst recht nicht.

Die jüngsten Ankündigungen europäischer Spitzenpolitiker über eine mögliche Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine haben die Kriegsspirale ein gefährliches Stück weitergedreht.

So hatte der Außenminister des Vereinigten Königreichs, David Cameron, erklärt, dass das ukrainische Militär das Recht habe, mit britischen Langstreckenraketen **tief in Russland gelegene Ziele** anzugreifen. Eine Eskalationsstufe, die die USA und ihre Nato-Verbündeten bisher stets ausdrücklich ausgeschlossen hatten. Auf Camerons Erklärung hin bestellte am Montag das russische Außenministerium den britischen Botschafter ein, um London zu warnen: Russlands Antwort auf solche weitreichenden Angriffe mit britischen Waffen könnte ein Gegenschlag gegen sämtliche britischen Militäreinrichtungen auf dem Gebiet der Ukraine sein. Die Beteiligten wissen, wovon hier gesprochen wird.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte zuvor wiederholt erklärt, französisches Militär könne in der Ukraine eingesetzt werden, falls Russland die jetzige Frontlinie durchbrechen sollte. Russland dürfe in der Ukraine nicht gewinnen, weil dies die Sicherheit Europas gefährde.

In der halboffiziellen außenpolitischen US-Zeitschrift Foreign Affairs haben drei US-Spitzenmilitärs gefordert, **Macrons Drohung jetzt wahrzumachen** und Soldaten in die Ukraine zu entsenden. Diese könnten abseits der eigentlichen Front verschiedene Aufgaben vom Minenräumen bis zum Grenzschutz übernehmen und so Zehntausende ukrainische Soldaten für den Fronteinsatz freistellen.

Ausdrücklich mit solchen provokativen Äußerungen aus westlichen Hauptstädten begründete Russlands Präsident Putin am Montag seine Anordnung, in Kürze die **Einsatzfähigkeit taktischer Atomwaffen** im Zuge eines Manövers im russischen Militärbezirk Süd nahe der ukrainischen Grenze zu testen. Ziel sei es, „Hitzköpfe“ in westlichen Hauptstädten abzukühlen. Weißrussland hat in den vergangenen Tagen bereits – angesichts des gigantischen Nato-Manövers vor seinen Grenzen - die Einsatzbereitschaft seiner taktischen Atomwaffen in einer Übung überprüft.

Die EU bereitet sich – und damit ihre Mitgliedsländer – auf einen Einstieg in eine **europaweite Kriegswirtschaft** vor, wie im März vorgelegte Papiere der EU-Kommission zeigen. Dazu betonte Industriekommissar Thierry Breton, es gehe darum, dass sich die EU schrittweise einer Kriegswirtschaft nähern und bei Bedarf der militärischen Produktion den Vorrang vor ziviler Produktion einräumen müsse. Kriegswirtschaft, das bedeutet nichts anderes, als alle Bereiche der Produktion und Wirtschaft dem Bedarf des Krieges unterzuordnen.

Weil es der EU-Vertrag verbietet, militärische Ausgaben der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus dem EU-Haushalt zu bestreiten, tarnt die EU-Kommission entsprechende Vorhaben als industriepolitische Maßnahmen.

Die weltweiten Militärausgaben wurden laut SIPRI-Jahresbericht 2023 das 9. Jahr in Folge gesteigert, und zwar auf **2,4 Billionen US-Dollar**, einem Plus von 6,8 % gegenüber dem 2022. Davon entfallen 1,3 Billionen Dollar auf die Nato-Staaten, darunter 916 Milliarden allein auf die USA. Russland gab ca.

109 Milliarden fürs Militär aus, China geschätzte 296 Milliarden. Ein Stück von diesem globalen Militärkuchen will natürlich auch die deutsche Waffenindustrie abbekommen, nachdem sie einige Rückschläge wie z.B. bei Rüstungsaufträgen aus Australien hinnehmen musste. Auch solchen Geschäften gelten die jüngsten Auslandsreisen unserer Außenministerin bzw. unseres Industrieministers.

Doch das größere ökonomische Problem des Westens, der globale wirtschaftliche Aufstieg der VR China, ist für die deutsche Politik nicht im Windschatten der US-Flugzeugträgergruppen zu lösen. Zumal die Sanktionen gegen Russland besonders die deutsche Wirtschaft treffen - und die gesamte EU zunehmend unter den Druck der USA und die wachsende Konkurrenzfähigkeit chinesischer Produkte gerät. So klagten die Wirtschaftsminister aus Deutschland, Frankreich und Italien nach einem Treffen, dass an die Stelle der „glücklichen Globalisierung“ eine „**Globalisierung der Rivalitäten**“ getreten sei. Früher sagte man dazu verschärfte Weltmarktkonkurrenz. Ein grundlegender Mechanismus aus dem Maschinenraum des Kapitalismus, der sich immer wieder in kriegerischen Katastrophen entladen hat. Und der nicht mit freundlichen Appellen an die Regierenden und Herrschenden aus der Welt zu schaffen ist.

Aber sie wollen vorbeugen: Gefährlich sei heute „das Einbringen von Desinformationen und Propaganda“ in die öffentliche Debatte, erklärte dieser Tage die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg in der Berliner Zeitung. Deshalb müsse „die **Sabotage der Meinungsbildung** unter Strafe gestellt werden“. Und wieder ist ein neues Gedankenverbrechen in der Welt.